

Bayern fördert soziale Projekte mit 55 Millionen Mark

Bayern gibt 55 Millionen Mark für 65 soziale und arbeitsmarktpolitische Projekte aus. Das Geld stammt aus einem mit 400 Millionen Mark dotierten Fonds, der aus einem Teil der staatlichen Privatisierungserlöse eingerichtet worden ist. Fast jede Vergabe wurde mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden diskutiert – eine, wie Ministerpräsident Stoiber sagte, in der Bundesrepublik „einmalige Tatsache“. Sie beruht auf dem im Juni vorigen Jahres in Bayern geschlossenen „Beschäftigungspakt“, zu dessen Nachahmung Stoiber, bisheriger Bonner Fehlschläge ungeachtet, auch die Bundespolitiker und die Verantwortlichen in anderen Bundesländern aufrief. Arbeits- und Sozialministerin Stamm kündigte in diesem Zusammenhang die „Erprobung“ von Dienstleistungszentren und Dienstleistungsagenturen an, auch von „Personalentwicklungsgesellschaften“, die sich bei Betriebsstilllegungen um entlassene Arbeitskräfte zu kümmern hätten. Gedacht ist an Arbeitsvermittlungen oder an Unterstützungen beim Aufbau einer neuen Existenz. Koordinierungsstellen sollen für Einvernehmlichkeit bei den Anstrengungen der verschiedenen regionalen Arbeitsmarktinitiativen sorgen. Anderen Institutionen sind Zuschüsse zugeschlagen, weil von ihnen erwartet wird, daß sie Ausbildungsstätten für Jugendliche ausfindig machen oder eine „Verbundausbildung“ organisieren. Die bayerische Regierung hat sich mit Arbeitgebern und Gewerkschaften auf mehrere Dutzend „Projekträger“ geeinigt. Zu diesen gehören unter anderem die „beruflichen Fortbildungszentren“ in den größeren Städten, aber auch Institutionen wie katholische Jugendwerke, der Jobclub Ingolstadt oder die Bayerische Hausfrauenvereinigung. 80 Prozent der Mittel sollen in Arbeitsamtsbezirke mit besonders hoher Arbeitslosigkeit fließen.

Nach: Frankfurter Allgemeine vom 15.1.1997

